

Die Rhetorik der Krise

Wie alle wieder Recht behalten

Die Fesseln des Sprachgebrauchs

In großen Wirtschaftskrisen wird erkennbar, welche Fesseln das politische und ökonomische Denken sich in Vorkrisenzeiten angelegt hat. Es sind die Fesseln des etablierten Sprachgebrauchs. Dieser schützt vor der denkbar schmerzlichsten aller möglichen Krisenfolgen, nämlich vor dem Umdenken.¹

In der gegenwärtigen Krise stehen einander - neben der Masse der politisch Desinteressierten - Vertreter zweier Denktraditionen in gewohnter rhetorischer Schlachtordnung gegenüber. Auf der einen Seite ist es eine markt- und kapitalismuskritische, staatsbejahende Minderheit, die sich durch die Krisensymptome in ihren traditionellen Diagnosen bestätigt sieht. Auf der anderen Seite ist es eine Mehrheit von Konservativen und staats-skeptischen Marktliberalen, die ihre - ebenso traditionellen - Überzeugungen unbeschadet über die Krisenzeit zu retten versuchen.

Bei Kapitalismuskritikern führt die Krise zu wenig überraschenden Forderungen nach einem Systemwechsel, dessen Konturen aber mehr als vage bleiben. Gefordert wird eine Abkehr vom Markt und Hinwendung zum

Staat, und eine Verstaatlichung von Banken beispielsweise erscheint aus dieser Sicht als Schritt in die richtige Richtung. Der Staat aber, der solche Schritte tun soll, ist im Großen und Ganzen der Staat, wie er ist. Die geforderte Entmachtung des Marktes ist insofern nichts anderes als eine groß angelegte Ermächtigung des bestehenden Staates. Eine grundlegende Erneuerung des Staates dagegen wird nicht einmal für eine künftige Nachkrisenagenda in Aussicht gestellt.

Die Schwäche dieser Argumentation macht es der konservativ-marktliberalen Mehrheit natürlich leicht. Diese war zwar nach Ausbruch der Krise zunächst etwas kleinlaut geworden, aber der reale Krisenverlauf ließ sie eine umso entschlossener Rhetorik aufbieten. Als klar wurde, dass alles Schönfärben nicht half, folgten die Szenarien eines tiefen Einbruchs bei Beschäftigung und Wohlstand. Aber auch diese Schreckensmeldungen wurden natürlich so gewendet, dass sie mit den Grundüberzeugungen ihrer Urheber in Einklang standen. Die Krise wurde nun zur Chance herausgeputzt. Die Krise werde tief und erschütternd sein, lautete die Botschaft, aber die Wirtschaft, das Land, ja die gesamte Welt werde gestärkt daraus hervorgehen. Die Krise würde für viele schmerzlich sein, aber sie sei ebenso notwendig wie nützlich, um Beschäftigung, Preise, Arbeitsent-

¹ S. hierzu auch *Gefangen in der Sprache. Sprachliche Prägung und politisches Vorurteil* in www.reformforum-neopolis.de.

gelte und Wechselkurse weltweit zu einem neuen Gleichgewicht zu führen.

Die marktliberale Rhetorik setzte somit auf Stärkung des Systems durch die Erfahrung der Krise. Der Blick wurde von der nunmehr unbeschönigten nahen Zukunft ab- und auf spätere bessere Zeiten hingelenkt. Dies ersparte eine kritische Auseinandersetzung mit eigenen Werturteilen, und es versprach zugleich Argumentationsvorteile für die Nachkrisenzeit. Je schlimmer nämlich das aktuelle Krisenpotential ausgemalt wurde, desto eher würde sich hinterher sagen lassen, es hätte viel schlimmer kommen können, und dass es nicht so gekommen sei, beweise die hohe Problemlösungsfähigkeit des Marktes. Und nicht nur der Markt, würde es dann heißen, auch der bestehende Staat habe sich bewährt, indem er den Markt seine krisenbewältigende Rolle habe spielen lassen.

Zu dieser Krisenrhetorik passte die häufig wiederholte Behauptung, die Krise sei durch die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers ausgelöst worden, oder sie wäre ohne diesen Vorfall zumindest halb so schlimm geworden. Die Nicht-Rettung dieser Bank sei daher ein Fehler gewesen, der die Selbstheilungskräfte des Marktes unnötig geschwächt habe. Mit diesem Argument wurde zwar staatliche Intervention befürwortet, aber nur, um eine kurze Schwäche der Marktkräfte zu kompensieren.

Dieses Argument übertrieb die Bedeutung der Lehman-Pleite bei Weitem. Diese mag in der Tat einer der Krisenauslöser gewesen sein, aber Ursache der Krise war sie nicht. Sie hat zwar die Eskalation des Misstrauens unter

und gegenüber Banken beschleunigt, aber für solches Misstrauen gab es unabhängig davon Grund genug. Hauptursache der Krise war nicht der Untergang einer einzelnen Bank, sondern es war ein über viele Jahre gewachsenes Zuviel an Geldvermögen und damit an Schulden, eine Überforderung von Schuldner also und dementsprechend eine Überbewertung von Geldvermögen. Überbewertet waren neben Aktien und Immobilien insbesondere Bankguthaben und verbrieftete Forderungen an Unternehmen und an Staaten. Die Lehman-Insolvenz hat dieses Zuviel an Geldvermögen und Schulden nicht etwa vermehrt, sondern im Gegenteil leicht verringert.

Dass die Nicht-Rettung der Lehman-Bank ein Fehler war, wurde von den Verfechtern unregulierter Märkte behauptet, aber es entsprach natürlich auch den Überzeugungen der Marktverächter. Aus deren Sicht war ohnehin klar, dass der Staat das Heft des Handelns früher und viel umfassender hätte in die Hand nehmen sollen und dass Regierungen hieran nicht nur in den USA durch ein Zuviel an Marktgläubigkeit gehindert waren. Der Staat hätte auch aus dieser Sicht im Lehman-Fall die Verantwortung übernehmen müssen, wie er insgesamt eine viel aktivere und breitere Rolle in der Wirtschaftslenkung hätte spielen sollen. An der Fähigkeit von Staaten, eben dies auf kompetente Weise zu tun, gab es aber in dieser Denktradition auch in der Krise keinerlei Zweifel.

Die Krise wurde somit letztlich von Staats- und von Marktgläubigen gleichermaßen als Bestätigung ihrer jeweiligen Sichtweise gedeutet. Den ei-

nen war sie Beweis für die Notwendigkeit weitestgehender Staatsermächtigungen, den anderen Beweis dafür, dass der Staat an kleinen Unvollkommenheiten der Marktmechanismen nicht viel ändern könne. Beide Seiten hatten, so schien es zumindest ihnen selbst, wieder einmal gründlich Recht behalten.

Die Alternativen: ständige Kleinkrise oder gelegentliche Großkrisen

Dass Markt- und Staatsgläubige so starr aufeinander fixiert bleiben, prägt nicht nur die politische Rhetorik, sondern es hat auch praktische Folgen. Die wesentliche Folge ist allerdings auch in dieser Krise nichts anderes als eine weitgehende Folgenlosigkeit. Es wird Korrekturen der Finanzmarktaufsicht geben und veränderte Regeln für die Vergütung von Managern, aber dabei wird es im Großen und Ganzen bleiben. Diese Maßnahmen werden nicht verhindern, dass es irgendwann zur nächsten Krise kommt, und wenn es so weit ist, werden die alten Vorurteile über Markt und Staat in gewohnter Weise aufeinanderprallen. Wieder wird dann eine Minderheit die Chance auf einen Systemwechsel verpasst sehen, wieder wird eine Mehrheit die Krise für unvermeidlich erklären, und wieder wird sie behaupten, dass Markt und Staat letztlich gestärkt aus ihr hervorgehen.

Die Frage aber, die am allerdingendsten hätte gestellt werden müssen, wird in der etablierten politischen Rhetorik auch nach der Krise keine Rolle spielen. Es ist die Frage, womit beiderlei Versagen, dem Versagen des Marktes wie demjenigen des Staates, vorgebeugt werden könnte, ohne noch

Schlimmeres als eine Wirtschaftskrise zu riskieren. Dieses noch Schlimmere wäre die Großkrise zunehmend überforderter Staaten, die im Gefolge der Wirtschaftskrise mehr denn je mit Aufgaben überfrachtet werden, für die sie nicht konzipiert sind.

Natürlich wäre die Alternative zu wiederkehrenden wirtschaftlichen Großkrisen kein Zustand paradiesischer Kontinuität, auch dann nicht, wenn der Staat die Wirtschaft auf denkbar kompetenteste Weise lenkte. Selbst die bestmögliche Alternative wäre ein Zustand permanenter wirtschaftlicher Krisenhaftigkeit, also eine moderate wirtschaftliche Dauerkrise. Solche Dauerkrise aber würde nicht nur die Verteilungsungerechtigkeiten vermeiden, die mit jeder Großkrise einhergehen, sondern sie verspricht im langfristigen Durchschnitt auch mehr Wohlstand. Die wenigsten Bürger brauchen die Erfahrung der Großkrise, um zu verstehen, dass jede Hoffnung auf eine permanente Hochkonjunktur trügerisch ist, dass Wohlstand immer prekär ist, dass er permanent neu erarbeitet werden muss und daher permanent hohe Leistungsbereitschaft voraussetzt. Die moderate Dauerkrise wäre in dieser Hinsicht Mahnung genug. Nur wenn solche Mahnung in Zwischenkrisenzeiten ausbleibt, kann sich vorübergehend ein falscher Optimismus ausbreiten, der dem Verständnis der Großkrise als Ergebnis vorheriger Übertreibungen im Weg steht. Nur solcher falsche Optimismus kann auch glauben machen, dass in einer Großkrise riesige reale Vermögenswerte vernichtet wurden, die nicht nur auf dem Papier gestanden hatten.

Die Dimension des Systemversagens

Auf den ersten Blick mag es so erscheinen, als stehe einer Wahl für mehr wirtschaftliche Kontinuität, für die moderate Dauerkrise also statt zyklischer Großkrisen, wenig im Weg. Eine realistische Option wäre dies allerdings nur dann, wenn der Staat tatsächlich eine viel gleichmäßigere Wirtschaftsentwicklung sicherstellen könnte als in der Vergangenheit. Hierzu aber war der herkömmliche Staat bisher nicht in der Lage, und nichts spricht dafür, dass er es in Zukunft sein könnte. Für eine moderatere, weniger von Erschütterungen geprägte Wirtschaftsentwicklung zu sorgen hieße daher zugleich, ein anderes, weniger überfordertes, also kompetenteres Staatswesen zu schaffen als das bestehende.

In der Krise mögen vorübergehend Hoffnungen wachsen, dass auch der Staat, wie er ist, die notwendigen Lehren ziehen könne und letztlich doch für eine krisenfreie Wirtschaftsentwicklung sorgen werde. Dem Staat in seiner bisherigen Form aber kann der hierfür nötige Kompetenzschub nicht aus eigener Kraft gelingen. Die aktuelle Wirtschaftskrise ist vielmehr auch

als Kompetenzkrise herkömmlicher Staaten zu deuten, als Krise von Regierungen, von Parlamenten und auch von Zentralbanken, die mit der Bändigung des Marktes auf lange Sicht deutlich überfordert sind. Nur in dieser Eigenschaft könnte diese Krise einen gewissen historischen Sinn erlangen, nämlich dann, wenn sie das öffentliche Bewusstsein für diese Überforderung der Staaten stärkte. Dann könnte sie auf lange Sicht zu konstruktiven neokratischen Schlussfolgerungen hinführen.

03 – 2009

www.reformforum-neopolis.de

Weitere Beiträge zur Finanzmarktkrise in www.reformforum-neopolis.de u.a.:

- Finanzmarktkrise – Ausweg Inflation?
- Finanzmarktkrise – die Konzeptionsfehler der Geldpolitik
- Finanzmarktkrise – die Konstruktionsfehler des Bankensystems
- Finanzmarktkrise – theoretische Grundlagen (in Vorbereitung)
- Finanzmarktkrise und Wirtschaftszyklus – die Kurzanalyse
- Finanzmarktkrise – die Gesamtanalyse
- Finanzmarktkrise und Beschäftigung
- Staatsfinanzen und Neokratie